

Armenkolonien in Indien

Autor(en): **Kobe, Willi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **68 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

von Kindern in Schweizerfamilien auf längere Zeit eine große Rolle spielen und das Einverständnis der Herkunftsländer erfordern würde. Eine spätere Rückführung von Kindern oder Erwachsenen in das Elend ihres Heimatlandes wäre nach einem längeren Aufenthalt in den Wohlstandsstaaten des Westens unmenschlich, wenn nicht gar ein Verbrechen.

Vom propagandistischen Standpunkt aus wäre ein Flüchtlingstransport in die Schweiz sehr wirkungsvoll. Dies ist aber kein Grund, die Hilfswerke auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus mit Aufgaben zu belasten, die ihre Kräfte übersteigen.

Bei der heutigen Wohnungssituation in der Schweiz wäre es kaum möglich, für eine größere Zahl von Menschen auf lange Frist Pflegeplätze zu finden bei Familien, die den voraussehbaren Schwierigkeiten mit Flüchtlingen aus völlig anderen Verhältnissen *gewachsen* sind.

Unterkunftsmöglichkeiten für die Hospitalisierung von 50 bis 100 Personen für die Dauer von jeweils einigen Monaten Quarantänezeit ließen sich wohl finden. Die Rekrutierung des nötigen Pflegepersonals aber wäre bei der bestehenden Personalnot fast ausgeschlossen.

Die Tatsache, daß in verschiedenen Spitälern bei uns Patientenbetten nicht belegt werden können, weil das entsprechende Personal fehlt, bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

Dolmetscher müßten auf alle Fälle aus Indien oder Pakistan geholt werden, die Flüchtlinge würden wohl in keinem Falle eine europäische Sprache verstehen.

Falls der Bund die *Finanzierung* einer Flüchtlingsaktion voll übernehmen würde, wäre diese wohl gesichert. Aber schon bei einer Beteiligung von nur 75% könnten die Hilfswerke in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da die Sammlungsergebnisse der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe und die eigenen Mittel der Hilfswerke langfristig nicht ausreichen dürften, um neben den bisherigen Ausgaben für die alten Flüchtlinge auch jene für neue, größere Aufgaben zu tragen.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß der Bund und die schweizerischen Hilfswerke alle ihre Kräfte auf eine großzügige Hilfe im Katastrophengebiet selbst konzentrieren sollten.

In Indien, später vielleicht in Ostpakistan, gibt es Möglichkeiten eines sinnvollen Einsatzes unserer Mittel für die bedauernswerten Bengalen, sei es durch Unterstützung eines bestehenden Heimes oder eines Spitals oder der Einrichtung einer neuen Institution für die Betreuung einer bestimmten Zahl von Kindern oder Kranken auf längere Zeit. Eine solche Lösung ist viel rationeller und auch menschlicher.

Mit den gleichen Mitteln kann einer vielfach größeren Zahl von Flüchtlingen geholfen werden, als dies mit der Hereinnahme einer Gruppe in die Schweiz möglich wäre.

Robert Risler, Sekretär des SAH

Armenkolonien in Indien

Nach ihrer Wiederwahl hat Premierminister Indira Gandhi als ihre vordergründige Aufgabe die Ausmerzung der Slums (Armenkolonien) bezeichnet. Daß solche für soziale Unrast infektiösfähliche Eiterbeulen am Leibe Indiens darstellen, wird sofort klar, wenn man sich in einen Bericht des Internationalen Zivildienstes vertieft, den ein kleines Team desselben über ihre Umfrage – zwischen dem Juli 1970 und Januar 1971 – in der J.J. Colony Nr.2, Nangloi, New

Delhi 41, verfaßte. Er zeigt in den Hauptzügen folgendes Bild: 1967 beschloß die Stadtplanungsbehörde Delhis, mehrere Slumgebiete innerhalb des Stadtgebietes aufzulösen. Die Säuberung desselben geschah zwangsweise. Meistens wurden die Bewohner ohne Voranzeige mit ihren wenigen Habseligkeiten auf Lastwagen verladen und in einen Außenbezirk Delhis abtransportiert. Gleichzeitig wurde jeder Familie ein Papier in die Hand gedrückt, das ihr in der neuen Kolonie ein Anrecht auf ein Stück Land in der Größe von etwa 3mal 6 Meter gab. Es gab aber auch solche, auch wenn sie weniger Kinder als andere hatten, daß sie mehrere solcher Zuteilungsscheine besaßen, die sie meistens durch Bestechung des Zuteilungsbeamten erlangt hatten.

Diese Kolonie liegt 20 Kilometer außerhalb Delhis. Ihre Gesamtfläche beträgt etwa 21 Hektar, von denen etwa 14 Hektar besiedelt sind und knapp 1 Hektar ist für Grünflächen, die praktisch kaum grün sind, und für Spielplätze, welche keine Spielgeräte aufweisen, vorgesehen.

Es leben etwa 10 500 Menschen in etwa 2200 Familien in dieser Kolonie. Von den durch die Umfrage erfaßten Bewohnern waren 5434 männlichen und 4582 weiblichen Geschlechtes. Von den 4353 Arbeitsfähigen sind 2251 völlig arbeitslos und bemühen sich fast aussichtslos, kurzfristige Gelegenheitsarbeiten zu erhalten. Nur 2102 Personen sind wirklich berufstätig, wobei es sich in den seltensten Fällen um wirkliche Vollbeschäftigung handelt. Für einen finanzschwachen Arbeiter oder Angestellten ist es fast aussichtslos, eine ständige Beschäftigung zu erhalten, weil auch sie allein durch Bestechung zu erlangen ist. Ein bei der Stadt Delhi beschäftigter Straßenwischer könnte nach einer Anwartszeit von 240 Tagen ein Anrecht auf ständige Beschäftigung mit damit verbundenen sozialen Vorteilen erlangen. Seit Jahren versucht er, sie zu erhalten. Doch jedesmal, kurz vor dem Ablauf der 240 Tage, wird er entlassen und nach einiger Zeit neu angestellt. Als Dauerbeschäftigter würde er monatlich 175 Rupien verdienen (1 Rupie etwa 60 Rappen), als kein Dauerangestellter verdient er monatlich nur 105 Rupien.

In der Kolonie verdienen etwa 500 Männer mehr als 200 Rupien monatlich, durch die sie insgesamt 2896 Familienglieder ernähren müssen. 1102 verdienen zwischen 100 und 200 Rupien bei 5233 Familienangehörigen, und 500 verdienen weniger als 100 Rupien monatlich mit 1863 Familienangehörigen. Dabei muß man wissen, was man mit 1 Rupie kaufen kann. $\frac{1}{2}$ Kilogramm Reis oder Weizenmehl oder Zucker oder 4 Eier oder $\frac{3}{4}$ Liter Milch oder 1 Dutzend Bananen oder 4 bis 6 Orangen. Ein einfaches Baumwollhemd minderer Qualität kostet 10 bis 20 Rupien, eine einfache lange Hose 15 bis 20 Rupien, Sandalen je nach Qualität 5 bis 20 Rupien.

Erleidet ein nicht fest angestellter Arbeiter oder Angestellter einen Unfall oder wird er krank, dann erhält er von nirgendwoher eine Unterstützung.

Die Mehrzahl der «Häuser» der Kolonie von 2200 Familien sind aus Backsteinen aufgebaut, teilweise mit einer Mischung von Kuhmist und Schlamm beworfen, aber die flachen Dächer halten bei den Monsunregen nicht dicht. Andere Behausungen sind aus Holz oder Stroh gebaut. Zu 70 Prozent sind es nur Provisorien. Es hat auch nicht viel Sinn, Geld in Bauarbeiten zu stecken, denn die Kolonie soll nur eine Übergangslösung sein, bis genügend ordentliche Häuser am Stadtrand fertiggestellt sind. Aber kein Mensch weiß, wann sie bezugsfertig sind. Solche 3- bis 4stöckige, ordentlich aussehende Häuser stehen dort schon seit über zwei Jahren bereit. Aber sie stehen leer, weil es nicht möglich war, sie mit Elektrizität, fließendem Wasser und Kanalisation zu versorgen.

Es gibt in der Kolonie keine Elektrizitätsversorgung, auch kein fließendes Wasser, nicht einmal in der vor einem Jahr fertiggestellten Gesundheitsstation.

Die Kolonie erhält Wasser aus 169 über sie verteilte Handpumpen, von denen 95 Prozent nur schmutziges Wasser liefern, mit dem das tägliche Bad genommen und Wäsche gewaschen wird. Nicht verwunderlich, daß eine große Zahl der Bewohner, besonders Kinder, von Hautkrankheiten befallen sind. Die offenen Abwässergräben sind meistens verstopft und bilden die besten Brutstätten für Moskitos. Die Gemeinschaftslatrinen befinden sich gesamthaft an einem Ende der Kolonie und werden wegen des langen Weges meistens nicht benutzt. Die Kinder benützen für ihre Notdurft die Abwässergräben und die Erwachsenen die Gräben entlang der Landstraße.

Ein Freiwilligenteam des IZD hat anfangs 1970 eine Gesundheitsstation errichtet, mit einer ausgebildeten Krankenschwester, in der Krankenbehandlungen und Mütterberatung durchgeführt werden. Seit November 1970 hat die Stadt Delhi hierfür einen Arzt abgeordnet. Auf Grund ungenügender sanitärer Einrichtungen, Nachlässigkeit der Bewohner und Verantwortungslosigkeit der zuständigen Behörden ist die Zahl der Kranken sehr hoch. Es konnten durch die Umfrage etwa 200 offene und etwa 400 verdächtige Fälle von Tuberkulose gezählt werden.

Alle Bewohner der Kolonie sind mehr oder weniger verschuldet, denn sie haben von privaten Geldverleihern Geld geliehen zu 10 Prozent Zins monatlich. Von etwas müssen sie ja doch leben. Die meisten Familien können ihre Schulden niemals zurückzahlen und bringen kaum die laufenden Zinsen auf.

Von den über 3000 Kindern zwischen 6 und 15 Jahren gehen nur 1260 zur Schule. Die öffentliche Volksschule der Kolonie, die in Zelten untergebracht ist, ist bereit, alle Kinder aufzunehmen, aber die Eltern senden sie lieber zur Arbeit nach Delhi.

Kann man helfen? Wichtig wäre die Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit der Stadt Delhi. Das IZD-Team schickte brieflich Verbesserungsvorschläge an die Bahnverwaltung, mit Kopie an die Behörden. Erfolg: Der erste Brief ist angeblich nicht angekommen. Auf den zweiten Brief ging die Antwort ein, man werde aus der Eingabe nicht klug, was man wolle. Der dritte Versuch endete mit dem Bescheid: «Ihre Bitte ist nicht gerechtfertigt.»

Die Arbeitsbeschaffung aber bleibt das Hauptproblem. Das IZD-Team wandte sich an eine der 26 in Delhi vertretenen Gewerkschaften um Beratung und Unterstützung. Der Hilfssekretär des INTUC «kannte sich bestens aus», wie er in einer Unterredung bemerkte und zeigte «großes Interesse» am vorgebrachten Anliegen. Er verriet gar, daß seine Gewerkschaft gegen die sozialen Ungerechtigkeiten hin und wieder etwas unternahme. Man vereinbarte einen Termin für eine Versammlung mit einem führenden Gewerkschaftsmitglied in der Kolonie. Alle Bewohner wurden eingeladen, aber der Gewerkschaftsfunktionär erschien nicht. Die Arbeiter waren darüber keineswegs enttäuscht, denn durch Erfahrung wußten sie, daß die Gewerkschaften «nur kurz vor den Wahlen Aktivitäten entfalten, um persönliches und politisches Kapital daraus zu schlagen».

Klar geht schon aus dieser Skizze sozialer Zustände in Indien hervor, daß sich Indira Gandhi mit ihrem Vorhaben, Schluß mit den Slums zu machen, eine ungeheuer umfassende Aufgabe gesetzt hat. Denn es kann dabei nicht darum gehen, diese oder jene Slumkolonie auszuräumen, womit unter den dort vorliegenden Verhältnissen nichts getan wäre, sondern es kann sich allein um eine wirkliche Geistes- und Strukturveränderung im ganzen Lande handeln. Ob solches eine kapitalistische Gesellschaftsstruktur fertigbringt, ist sehr fraglich.

VPOD Nr. 16/1971

Willi Kobe